

Der Corona-Schock

Die finale Entzauberung der Globalisierung

Von **Ulrich Menzel**

Um das Jahr 1320 brach die Pest in derselben zentralchinesischen Provinz Hubei aus, die heute mit ihrer Hauptstadt Wuhan als Ursprungsregion des Coronavirus gilt. Und bei allen historischen Unterschieden gibt es doch verblüffende Parallelen bei Verlauf und Konsequenzen beider Seuchen. Damals dauerte es noch 25 bis 30 Jahre, bis die Pest die chinesische Küste mit den Häfen für den Überseehandel und den Endstationen des zentralasiatischen Karawanenhandels erreicht hatte, der über die Routen der Seidenstraße China mit Europa verband. Von dort ging es dann jedoch ganz schnell: Innerhalb eines Jahres wütete die Seuche in Tana am Asowschen Meer, dem Endpunkt der zentralasiatischen Route, und in Aleppo, dem Endpunkt der Route durch Persien. Nicht länger dauerte es auf der maritimen Route durch das Südchinesische Meer, den Golf von Bengalen, das Arabische Meer und weiter durch das Rote Meer zum Nildelta oder den Persischen Golf und den Euphrat aufwärts zur syrischen Küste. Dort warteten bereits die italienischen Galeeren darauf, die kostbaren Waren der Karawanen an Bord zu nehmen und in Europa zu verteilen. 1348 hatte die Pest Italien mit voller Wucht erfasst.¹

Die Konsequenzen für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft waren katastrophal. Neben dem Massensterben der Bevölkerung entlang der Routen und Umschlagplätze des Fernhandels kam es zum Kollaps des ersten Weltwirtschaftssystems, in dem Oberitalien und die Niederlande nur die ferne westliche Peripherie bildeten. Dieses System hatte sich hundert Jahre zuvor unter dem schützenden Dach der Pax Mongolica gebildet, die den Steppengürtel von China bis in die ungarische Taiga überwölbte. Die Folgen dieses Kollapses waren gewaltig: eine langanhaltende wirtschaftliche Stagnation, die Erinnerung an den schwarzen Tod, der sich tief ins kollektive europäische Gedächtnis einnistete und durch Pestsäulen und Passionsspiele bis heute wachgehalten wird, und der Zusammenbruch des Mongolenreiches.

Die Globalisierung vor der Globalisierung – das erste Weltsystem vor Beginn der europäischen Welteroberung – zerbrach innerhalb kürzester Zeit und wurde von einer langen Fragmentierung der Welt abgelöst. Es dauerte bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts, bis die Flottenexpeditionen der frühen Ming das System vom östlichen Ende der Welt her restaurierten, und sogar

1 Zu den Routen und Jahreszahlen vgl. Janet L. Abu-Lughod, *Before European Hegemony: The World System A.D. 1250-1350*, New York 1989, S. 170ff.

noch weitere 70 Jahre, bis die Portugiesen den Seeweg nach Indien gefunden und im Becken des Indiks den „Estado da India“ als neuen Ordnungsrahmen errichtet hatten. Vasco da Gamas erste Reise ins indische Calicut (1498) und die erste Reise des Kolumbus (1492), der Indien auf der Westroute erreichen wollte und die „neue Welt“ entdeckte, markieren aus europäischer Sicht den Beginn der Globalisierung.²

Globalisierung besteht in der Intensivierung und Beschleunigung grenzüberschreitender Transaktionen (aus Handel, Finanzen, Menschen, Informationen und sogar Epidemien), die sich gleichzeitig räumlich ausdehnen. Kürzer gefasst, besteht dieser Vorgang also in der Kompression von Raum und Zeit. Corona ist in diesem Sinne die Intensivierung und Beschleunigung einer grenzüberschreitenden Seuche wie der Pest. Globalisierung ist aber, wie gerade das Coronavirus zeigt, kein Selbstläufer, der nur des technischen Fortschritts im Bereich von Transport und Kommunikation bedarf, der diese Transaktionen immer schneller macht und immer weiter vermehrt. Vielmehr bedarf die Globalisierung auch eines institutionellen Rahmens, der zentrale internationale öffentliche Güter garantiert: wirtschaftliche Stabilität und politische Sicherheit. Heute nennt man das Global Governance. Diese Güter können durch internationale Verträge und Organisationen auf kooperative Weise oder durch eine Führungsmacht bereitgestellt werden, an deren Leistungen alle anderen als *Freerider* partizipieren.³ Für diesen institutionellen Rahmen sorgten zuerst die Mongolen im Verbund mit den Italienern, später die Ming, dann die Portugiesen und Spanier, bis sie von den Niederländern, Briten und zuletzt den USA abgelöst wurden.

Globalisierung verlangt aber noch mehr, nämlich eine große Erzählung, die erklärt, warum dieser Prozess normativ gut und für alle Teilnehmer von Vorteil ist. Nur so sind die relevanten Akteure überhaupt bereit, den politischen Willen und die Kosten für den Rahmen aufzubringen, dessen Regeln zu etablieren und gegebenenfalls auch gegen Widerstände durchzusetzen.

Der eigentliche Prophet der Globalisierung war David Ricardo, der 1817 sein berühmtes Theorem der komparativen Kosten entwickelte.⁴ Seine Begründung, warum überhaupt internationaler Handel stattfindet – und warum er stattfinden soll –, lautete: Alle, die an der internationalen Arbeitsteilung teilhaben, ziehen daraus einen Vorteil, nämlich die Einsparung von Kosten. Aus diesem Argument resultieren beispielsweise die heutigen grenzüberschreitenden Lieferketten. Damit diese Kostenvorteile allerdings wahrgenommen werden können, muss Freihandel herrschen. Jedes Handelshemmnis, ob durch Zölle oder nichttarifärer Art, ist abzuräumen. Damit lieferte Ricardo gegenüber dem bis dato herrschenden Merkantilismus ein neues Paradigma. Er begründete damit nicht nur, warum ein internationales Geflecht von Freihandelsverträgen geboten ist, sondern warum es sogar legitim ist, Länder mit Gewalt für den Handel zu öffnen. Ricardo hatte pro-

2 So argumentieren zumindest die Weltsystemtheoretiker im Anschluss an Immanuel Wallerstein und André Gunder Frank.

3 Vgl. Ulrich Menzel, *Die Ordnung der Welt*, Berlin 2015.

4 David Ricardo, *Grundsätze der politischen Ökonomie und Besteuerung*, hrsg. von Fritz Neumark, Frankfurt a.M. 1972.

minente Vorläufer, die mit an der großen Erzählung gearbeitet haben, etwa den Niederländer Hugo Grotius als Protagonist des Prinzips Freiheit der Meere.⁵

Damit die große Erzählung in der Tradition von Grotius und Ricardo, auf die sich der Neoliberalismus heute beruft, wirkungsmächtig wird, bedarf es allerdings der Interpreten und Multiplikatoren, die Überzeugungsarbeit leisten, und der Politiker, die die Macht haben, die Idee des Liberalismus durchzusetzen. Nur so kann Globalisierung an Fahrt aufnehmen. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts haben die Briten diese Rolle übernommen, indem sie ein miteinander verknüpftes System von bilateralen Handelsverträgen geschlossen und Länder wie China seit 1842 mit den Mitteln der „Kanonenbootpolitik“ für Handel und Investitionen geöffnet haben. Japan folgte 1854 auf amerikanischen Druck. Damit begann der wirtschaftliche Wiederaufstieg Chinas und Japans, den ihr selbstgewählter Isolationismus zuvor verhindert hatte. Die Globalisierung beschleunigte sich erheblich. Ein frühes Opfer war paradoxerweise Großbritannien selbst, als es Ende des Jahrhunderts industriell von Deutschland überholt wurde und trotz der „Großen Depression“ beim Freihandel verblieb. Da die große Erzählung die britische Politik fest im Griff behielt, nahm der erste *British Decline* seinen Lauf.

Vor dem Ersten Weltkrieg: Globalisierung auf dem Höhepunkt

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte die Globalisierung dank Dampfschiffahrt und Eisenbahn einen neuen Gipfel erreicht. Doch in der Zwischenkriegszeit war Großbritannien zu schwach und die isolationistisch orientierten USA noch nicht bereit, die liberale Führungsrolle zu übernehmen. Daher konnte die Weltwirtschaftskrise ab 1929 lange nicht gemeistert werden. Dies war wiederum gleichbedeutend mit einer radikalen Wende in Richtung Deglobalisierung, die durch den Zweiten Weltkrieg noch verstärkt wurde. Erst mit der Bretton Woods-Konferenz von 1947 nahmen die USA das Heft in die Hand. Die Gründung von Weltbank, IMF und WTO mit ihren immer neuen Zollsenkungsrunden und die Ausweitung ihrer Zuständigkeit auf Dienstleistungen, Kapitalverkehr und Auslandsinvestitionen sorgten dafür, dass das ricardianische Denken zurückkehrte und die Globalisierung wieder zulegte. Ab den 1990er Jahren, als der Neoliberalismus mit dem Ende der kommunistischen Hemisphäre hegemonial wurde, setzten schließlich all jene, die die Globalisierung nicht per se ablehnten, sondern nur die Auswüchse eines ungehemmten Marktradikalismus, auf Global Governance. Die Globalisierung sollte mit Hilfe von internationalen Organisationen, Abkommen und Normen eingehegt werden. Zumindest in Europa schien dieser Ansatz auch lange Zeit erfolgreich zu sein, obwohl die EU mit dem europäischen Binnenmarkt und dem Schengener Abkommen zum Schwungrad einer innereuropäischen Globalisierung mutierte.

5 Hugo Grotius, Von der Freiheit des Meeres. Leipzig 1919.

Das innenpolitische Pendant zu Globalisierung und Global Governance bildet die Idee des Kosmopolitismus. Sie ist attraktiv für die überdurchschnittlich Verdienenden, Gebildeten, Weitgereisten und Fremdsprachenkundigen, also jene, die für Freizügigkeit, Freihandel und freien Kapitalverkehr sowie für Multikulturalismus und universalistische Werte eintreten. Aber auch der einfache Bürger hat die Annehmlichkeiten der Globalisierung längst schätzen gelernt: billige Textilien und Unterhaltungselektronik, ganzjährig exotische Früchte, Urlaubsreisen nicht nur nach Rimini und Mallorca, sondern in die ganze Welt, keine Kontrollen im Schengenraum, Fußballer aus der ganzen Welt, um den Heimatverein fit zu machen für die Champions League, und nicht zuletzt Arbeitsmigranten, die die körperlich schwere oder schlecht bezahlte Arbeit übernehmen.

Die vier Erschütterungen: Konkurrenz, Krise, Migration, Klimawandel

Erste Eintrübungen erfuhr die große Erzählung, als sich mit dem Erstarken der ostasiatischen Konkurrenz – Japan, Südkorea, Taiwan und China – auch im Westen die Schattenseiten der Globalisierung zeigten. Globalisierung erwies sich mehr und mehr als Nullsummenspiel: Die Industrialisierung in Asien wurde erkaufte mit der Deindustrialisierung im Westen. Bereits der erste *American Decline* in den 1980er Jahren, ausgelöst durch Japan – und ebenso der derzeitige zweite *American Decline*, ausgelöst durch China – stellen selbst im Mutterland des Neoliberalismus die große Erzählung in Frage, wenn Politiker aus dem Rust Belt protektionistische Forderungen erheben.

Die zweite Eintrübung, um nicht zu sagen Erschütterung, der Globalisierungsidee bedeuteten die Lehman-Pleite 2008 und die daraus resultierende globale Finanzkrise, die manche Länder an den Rand des Staatsbankrotts führte. Sie war nur durch einen konzertierten staatsinterventionistischen Kraftakt zu bewältigen. Die Erschütterung war deshalb so groß, weil nicht nur die globalen Finanzjongleure, euphemistisch „Investmentbanker“ genannt, sondern auch die kleinen Leute betroffen waren, die aus Gier nach der hohen Verzinsung ihr Ersparnis aufs Spiel gesetzt hatten. Null Zinsen auf Spareinlagen – wie auch ihr Gegenstück, die explodierenden Immobilienpreise und Mieten, weil das Kapital auf der Suche nach neuen Renditen in den Immobiliensektor drängte – sind bis heute der Preis, den auch die kleinen Leute für die Globalisierung der Finanzmärkte zu zahlen haben.

Die dritte Bresche in den Mythos vom Segen der Globalisierung schlug die neue Völkerwanderung, die 2015 in Europa ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Aus einer neoliberalen Perspektive ist Migration gut – zumindest die von Arbeitskräften: Dem Einwanderungsland liefert sie angesichts des demographischen Wandels ein zusätzliches Angebot dringend benötigter Arbeitskräfte, das sogar kostensenkend wirkt. Im Auswanderungsland reduziert sie die Arbeitslosigkeit und führt dort zu steigenden Löhnen. Kurzum: Die globalen Arbeitsmärkte geraten ins Gleichgewicht. Soweit die neoliberale Theorie. Allerdings hat Migration, mehr noch als der ostasiatische Ver-

drängungswettbewerb und die Finanzkrise, auch außerökonomische Konsequenzen: das Erstarken eines populistischen Milieus, dessen Mitglieder das Gegenteil dessen sind, was die Kosmopoliten auszeichnet. Das populistische Milieu speist sich aus den Verlierern der Globalisierung, die die Fremde nur in Form von abgeschotteten Hotelanlagen kennen und die Hauptlast der Integration zu tragen haben. Da deren Mitglieder zudem einer anderen Erzählung ausgesetzt sind – dem Diskurs über die „kulturelle Überfremdung“ – ist es im Sinne des konstruktivistischen Arguments gleichgültig, ob deren Ängste eine reale Grundlage haben oder nur eingebildet sind.

Der Aufstieg des modernen Populismus setzt mit Beginn der 1990er Jahre ein. Doch mit Antritt der Trump-Administration hat er endgültig ein globales Gesicht bekommen. Donald Trump spricht nicht nur aus, was im populistischen Milieu gedacht wird. Vielmehr verspricht er auch, durch Neoisolationismus, Protektionismus und Abschottung der Globalisierung Einhalt zu bieten, Jobs zurückzuholen und das Fremde abzuwehren. Wenn er gegen China einen Handelskrieg anzettelt, belebt er die Erinnerung an die „Gelbe Gefahr“, die erstmals Ende des 19. Jahrhunderts im Westen beschworen wurde und auch bei Samuel Huntington einen Subtext bildet.

Eine vierte tiefe Bresche in die Erzählung der positiven Globalisierung schlägt aus entgegengesetzter Richtung der Klimawandel, der 2019 dank Fridays for Future endgültig ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit geraten ist. Zudem werden Dürren, Waldbrände, Starkregen, Überschwemmungen und Stürme längst auch für den klimapolitischen Laien spürbar. Diesmal wird aber nicht das populistische, sondern das kosmopolitische Milieu mobilisiert, das den Zusammenhang von Globalisierung und Klimawandel zum Thema macht. Dieser globalisierungskritische Diskurs der anderen Art ist geprägt von neuen Begriffen wie Flugscham, der Kritik an Kreuzfahrten, Inlandsflügen und SUVs, aber auch an Brandrodung des Tropenwalds, um Flächen für den Sojaanbau zu schaffen, der die Massentierhaltung hierzulande ermöglicht, die wiederum die Kühlschiffe für den Schweinefleischexport nach China bestückt. Die ökologischen Globalisierungskritiker setzen dagegen auf strikte Regionalisierung durch Bioprodukte, auf Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel, auf Wanderurlaub im eigenen Land.

Trumps populistischer Gegendiskurs zur Globalisierung

Entscheidend für die Zukunft der Globalisierung ist aber nach wie vor das Verhalten der Regierung der USA als der mit Abstand mächtigsten Nation. Und auch die Politik Trumps folgt trotz aller erratischen Züge einer Logik. Denn die Vereinigten Staaten stehen vor dem klassischen hegemonialen Dilemma zwischen Positions- und Statusverlust: Behaupten sie ihren Status als Garant einer liberalen Wirtschaftsordnung – und damit zugleich die Voraussetzung für weitere Globalisierung –, verlieren sie wegen des Verdrängungswettbewerbs ihre Position als führende Wirtschaftsmacht. Dann würden sie immer weiter zum Opfer der Globalisierung und zugleich die

Ressourcen einbüßen, die nötig sind, um den Status zu behaupten. Reagieren sie aber protektionistisch oder gar isolationistisch auf den Globalisierungsdruck, verlieren sie den Status als globale Führungsmacht.

Dieses Dilemma will Trump durch seine Politik des „America first“ auflösen. Das *Battleship America* der Bush-Ära wird ersetzt durch die *Fortress America*, die an der Grenze zu Mexiko auch buchstäblich errichtet wird und mit der Reduzierung der militärischen Lasten in Übersee einhergeht (Irak, Afghanistan). Damit reagiert Trump auf das populistische Milieu der Globalisierungsverlierer, dem er verspricht, Jobs in den alten Industriegürtel der USA zurückzuholen. Das fällt ihm umso leichter, als auch das kosmopolitische Milieu in den USA die Globalisierung aufgrund des Klimawandels nicht mehr offensiv verteidigen kann. Trump avanciert damit zum prominentesten und erfolgreichsten neuen Erzähler, der einen Gegendiskurs zur Globalisierung inszeniert und sein Handeln an der eigenen Erzählung ausrichtet.

China steht umgekehrt nicht bereit, an die Stelle der USA als globale Ordnungsmacht zu treten, auch wenn es daran eigentlich das größte Interesse haben müsste. Doch China folgt nicht der neoliberalen Erzählung, sondern hat unter Beweis gestellt, dass Industrialisierung und Wohlstand auch auf anderem Wege möglich sind. China nutzt zwar den Liberalismus des Westens, um der Export- eine Investitionsoffensive folgen zu lassen, besteht aber darauf, dass diese bürokratisch orchestriert wird und die KP-Führung das letzte Wort behält. Und solange die chinesische neue Mittelschicht daran partizipiert, akzeptiert sie mehrheitlich die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte der kosmopolitischen Globalisierung. Erst ab 2049 will China aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums der Gründung der Volksrepublik die globale Führungsmacht sein. Bis dahin gilt dieser Anspruch nur für die Länder entlang der Neuen Seidenstraße, die mit Krediten und Infrastrukturbauten geködert werden.

Doch seit Anfang 2020 ist alles ganz anders. Seit der Coronavirus im zentralchinesischen Wuhan ausbrach, ist China weit weniger fern als gedacht. Die weltweite Verbreitung des Virus dauert heute eben keine 25 bis 30 Jahre mehr, sondern nur noch 25 bis 30 Tage. Nicht nur Chinas Nachbarn Südkorea und Japan oder der Iran als Zwischenglied auf der Neuen Seidenstraße sind betroffen, sondern auch Europa, und wie zu Zeiten der Pest dient wieder Italien als Einfallstor. Vor allem aber ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, dass die Pandemie auch ein Ausdruck von Globalisierung ist. All das hat den Globalisierungsdiskurs radikal delegitimiert. Corona hat gezeigt: Internationale Arbeitsteilung führt nicht nur zu Wohlstandsmehrung, sondern auch zu immensen Abhängigkeiten. Das wurde in dem Moment schlagartig deutlich, als durch die inzwischen globale Corona-Krise auch die Produktionsketten unterbrochen wurden: Wenn man erfährt, dass Gesichtsmasken und Schutzanzüge nicht mehr lieferbar sind, weil sie in China produziert werden und dort Produktion oder Export aufgrund der Pandemie eingestellt wurden, und dass die hiesige Arzneimittelproduktion gefährdet ist, weil 300 Wirkstoffe als Vorprodukte aus China stammen – dann erzeugt Globalisierung Angst. Das gilt auch, wenn eine Hotelanlage in Übersee oder ein Kreuzfahrtschiff nicht

länger nur dem luxuriösen Urlaub dienen, sondern zur potentiell tödlichen Falle werden, sobald sich ein Infektionsverdacht offenbart. Die Folge dieser Angst ist die massenhafte Stornierung von bereits gebuchtem Urlaub, eine der wenigen individuellen Reaktionsmöglichkeiten neben Hamsterkäufen. Der Markus-Platz in Venedig und die Piazza del Duomo in Mailand waren schon verwaist, bevor die Regierung ganz Italien zur Sperrzone erklärt hatte. Die Touristen blieben von ganz alleine weg und insbesondere der chinesische Massentourismus fiel aus – aus Angst vor kollektiver Anfeindung. Das ist die Angst vor der Angst der anderen.

China in der Defensive

China als das bislang am meisten betroffene Land und seine Führung geraten nun gleich mehrfach in die Defensive: Wirtschaftlich muss die Volksrepublik einen krassen Einbruch hinnehmen, dessen Dauer und Ausmaß für die gesamte Welt noch gar nicht absehbar sind. Ein Ausfall Chinas als Lieferant – nicht nur von Endprodukten, sondern auch von Zwischengütern – oder als Kunde, etwa auf den Ölmärkten, hätte aufgrund seiner Größe eine besondere Qualität. Selbst die hiesige Massentierhaltung ist inzwischen abhängig von der chinesischen Nachfrage nach Schweinefleisch, von der Automobilindustrie ganz zu schweigen. Was Trump mit seinen Strafzöllen nicht gelingt, schafft Corona im Handumdrehen: Viele Firmen werden sich überlegen, ob es tatsächlich sinnvoll und notwendig ist, angesichts der sich jetzt offenbarenden Abhängigkeiten – und unter Druck des Klimaarguments – alles wegen geringer Kostenvorteile nach China auszulagern. Manche werden sich perspektivisch darauf einstellen, zumindest Teile der Fertigung wieder zurückzuholen. Für die Pharmabranche gilt das mit Sicherheit, zumal hier politische Auflagen zu erwarten sind, die sich mit nationalem Notstand begründen lassen.

Chinas Führung steht zudem unter Druck der eigenen Bevölkerung: Angesichts von Zensur und dirigierter Presse misstraut sie der Informationspolitik der KP und macht gar die örtlichen Parteikader dafür verantwortlich, dass sie den Ausbruch des Virus zu lange unter der Decke gehalten und die frühen Warnungen der Ärzte in den Wind geschlagen haben. Auch außenpolitisch dürfte es lange dauern, bis China wieder offensiv in Erscheinung tritt, nachdem es durch die Berichte über die Lager für Uiguren in Xinjiang und die Proteste in Hongkong bereits in die Defensive geraten war. Damit dürfte China bis auf weiteres als globaler Akteur ausfallen, der das Schwungrad der Globalisierung – das Trump ein Stück weit aus der Hand gegeben hat – wieder in Gang setzt. Selbst die Neue Seidenstraße droht fürs Erste zu verwaisten.

Der Coronavirus – oder besser die Angst vor Corona – ist somit der Tropfen, der das Fass der Globalisierungskritik zum Überlaufen gebracht hat. Er ist nur das letzte Glied einer ganzen Kette von Anlässen, die die große Erzählung vom Segen der Globalisierung radikal in Frage stellen: Der Verdrängungswettbewerb durch Ostasien, die Finanzkrise und deren Folgen, die

manche Staaten immer noch nicht überwunden haben, die große Zahl von Migranten, denen die westlichen Länder mittlerweile tatsächlich als Festung gegenüberstehen, die sich aufschaukelnde Klimakatastrophe und jetzt die Pandemie verschmelzen zu einem Amalgam, für das in all seinen Facetten die Globalisierung verantwortlich gemacht wird. Auf den Punkt gebracht wird es durch Bilder, die Flüchtlinge mit Gesichtsmasken zeigen – aus Angst vor Corona. Und so ganz nebenbei lassen sich durch geschlossene Grenzen nicht nur Viren, sondern auch Flüchtlinge abweisen. Die Freizügigkeit wird in den Schengenraum wohl sobald nicht zurückkehren.

Ironischerweise wird die große Erzählung der Globalisierung derzeit sowohl von ihren vermeintlichen Gewinnern wie von ihren Verlierern massiv in Frage gestellt: durch das kosmopolitische Milieu mit seiner Kritik an den Konsequenzen der Globalisierung für die Umwelt und durch das populistische Milieu mit der Kritik an Deindustrialisierung, Migration und kulturellem Wandel. Manifest wird dies nun durch Corona, weil der Virus den Alltag in vielerlei Hinsicht verändert: Er beschwört die Gefahr einer Rezession, womöglich einer Weltwirtschaftskrise mit massenhafter Arbeitslosigkeit, und belebt alte Assoziationen, bis hin zur „Gelben Gefahr“, die angeblich den Westen bedroht.

Damit geraten die Protagonisten des neoliberalen Paradigmas von zwei Seiten in die Defensive – und werden tendenziell zur Minderheit. Wenn aber der globalisierungskritische Diskurs von kosmopolitischer wie von populistischer Seite weiter an Zuspruch gewinnt, dann schwindet auch die Bereitschaft der Politik, die Mittel, Regeln und Institutionen zu unterhalten, die den Rahmen für die Globalisierung setzen. So haben Trump und Gleichgesinnte derzeit leichtes Spiel. Denn ohne Global Governance verliert auch die Globalisierung selbst an Durchschlagskraft.

Daher dürfte die erste Märzwoche des Jahres 2020 nicht nur als Beginn einer tiefen wirtschaftlichen Rezession in die Geschichte eingehen, sondern auch als der Punkt, an dem das Rad der Globalisierung wieder ein Stück zurückgedreht wurde. Der Einbruch wird zwar nicht so gravierend sein wie 1350, als die Pest Europa fest im Griff hatte, aber es wird sich auch nicht um eine bloße Delle in der Weltkonjunktur handeln. Die internationale Arbeitsteilung wird sich nicht komplett rückgängig machen lassen, sehr wohl aber ihre Auswüchse, wie im Fall der Pharmaindustrie. Es wird auch nicht so lange wie im 14. Jahrhundert dauern, bis die Weltwirtschaft sich erholt hat. Aber solange kein neuer Garant einer liberalen Weltordnung in Sicht ist, weil der alte sich weigert, weiterhin diese Rolle zu übernehmen, weil Europa zu schwach und zu zerstritten ist und weil China eine bürokratische und keine liberale Vorstellung von Weltordnung hat, wird es weiter knirschen im Gefüge der Globalisierung. Denn im Moment ist jeder sich allein selbst der Nächste. Die Signale stehen weltweit auf Populismus, Nationalismus, Autoritarismus, Isolationismus – und in einem umfassenden und ganz elementaren Sinn auf Protektionismus, mit dem nicht nur die Wirtschaft gemeint ist. Gerade erleben wir „dank“ Corona: Man muss nicht jeden Preis zahlen, den die Globalisierung verlangt. Es gibt ein Zurück – was auch immer das bedeutet.